

STAATSBANK  
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK  
DER PRÄSIDENT

CHARLOTTENSTRASSE 33-33a  
BERLIN  
1086

24. 1. 1990

Stellvertreter des Vorsitzenden  
des Ministerrates für Wirtschaft  
Frau Prof. Dr. Christa Luft  
Klosterstraße 47  
Berlin  
1020

Sekretariat Prof. Dr. Luft

Eingang: 26.1.90

Nr.: 684

Dr. 26.1.90

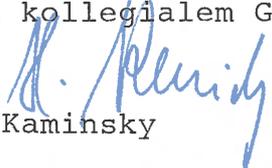
Werte Frau Professor Luft!

Am 22. 1. 90 führte auf der Grundlage einer Einladung der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages in meinem Auftrag Prof. Dr. Stoll ein Informationsgespräch über Aspekte der Wirtschaftsreform und insbesondere der damit verbundenen Kredit- und Bankenreform durch. Einen bestimmten Rahmen nahmen darin auch Fragen einer währungspolitischen Zusammenarbeit zwischen beiden deutschen Staaten ein.

Das Gespräch verlief sehr sachlich, und es konnte zu wesentlichen Aspekten eine gemeinsame Auffassung festgestellt werden. Von Bedeutung ist, daß kurzfristig zu diesem Gespräch der Vorsitzende der Bundestagsfraktion der CDU/CSU, Herr Dregger, angereist war und an diesem Meinungs austausch mit teilnahm.

Ich übergebe Ihnen anbei den Bericht von Prof. Dr. Stoll zu Ihrer Kenntnisnahme. Hierüber wurden gleichfalls informiert Kollege Rauchfuß und der amt. Minister der Finanzen und Preise, Koll. Dr. Siegert.

Mit kollegialem Gruß

  
H. Kaminsky

Anlage

V e r m e r k

über ein Informationsgespräch mit der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages am 22.1.1990 im Reichstagsgebäude in Westberlin

---

Auf Wunsch des Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Finanzen der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herrn Michael Gloß, fand am 22. 1. 90 ein Informationsgespräch zu Geld- und Währungsfragen der DDR statt. Auf Grund der Bedeutung des Themas nahm an dem Gespräch der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Herr Dr. Dregger, teil.

Es bestand Gelegenheit, durch uns die Grundsätze der Wirtschaftsreform und insbesondere die Aspekte einer Kredit- und Bankenreform mit einer von der Regierung unabhängigen Zentralbank und Vorstellungen zur künftigen Geld- und Kreditpolitik darzulegen sowie eine Einschätzung zur Lage im Geldwesen der DDR zu geben, was große Aufmerksamkeit fand.

Wir gewannen den Eindruck, daß das nunmehr entwickelte Gesamtkonzept der Wirtschaftsreform als ein qualitativ neuer Schritt verstanden und als Grundlage für die Vertiefung der Wirtschaftsbeziehungen zwischen der DDR und BRD angesehen wird.

Im Mittelpunkt standen insbesondere Fragen nach den realen Bedingungen für die Gewerbefreiheit kleinerer und mittlerer privater Betriebe, des Zugangs dieser Betriebe zum Außenmarkt, der Steuer- und Preisreform, die wesentlich zu einer schnellen Befriedigung der Marktbedürfnisse beitragen könnten.

Die vorgesehenen Veränderungen im Bankwesen mit einer von der Regierung unabhängigen Zentralbank wurden lebhaft begrüßt und mit Fragen zur künftigen Geldpolitik verbunden. Die auf die Stabilisierung in der DDR gerichteten Vorstellungen, auch zum Abbau von Kaufkraftüberhängen, werden als inhaltlicher Bestandteil der Wirtschaftsreform verstanden und auch als eine wichtige Voraussetzung für die währungspolitische Zusammenarbeit gesehen.

Die Notwendigkeit einer differenzierten Beurteilung der wirtschaftlichen Lage im Geldwesen der DDR gegenüber der oft globalen Beurteilung durch die Presse wurde seitens der Bundestagsabgeordneten bestätigt.

Sie stimmten mit unserer Auffassung überein, daß die Preis-, Steuer- und Kreditreform ein in sich verflochtener Prozeß ist, der zwar schnell, jedoch gründlich überlegt durchzuführen sei. Sie anerkannten, daß sich die wirtschaftlichen Veränderungen in der DDR ohne nicht beherrschbare Inflation vollziehen und sozial verträglich sein müssen. Das entspricht nach den mehrheitlichen Ansichten ihren Auffassungen von sozialer Marktwirtschaft.

Die währungspolitische Zusammenarbeit zwischen der DDR und BRD ist unabdingbar und müßte zügig realisiert werden.

Die Vorstellungen des Vorsitzenden des Finanzausschusses des Bundestages, Frau Matthäus-Meier (SPD) sowie des CDU-Abgeordneten Wissmann - die auch keine Zustimmung in der CDU-Fraktion fanden - nach sofortiger Einführung der DM in der DDR wurden als unrealistisch, als dritter Schritt vor dem ersten und als Profilierungsversuche bezeichnet.

Die Bundestagsabgeordneten hielten es für notwendig, Schritte zu einem Währungsverbund mit einer Teilkonvertierbarkeit der Mark der DDR zu gehen, wobei ein solcher Währungsverbund noch vor Bildung des europäischen Binnenmarktes geschaffen werden sollte. Wie dieser Währungsverbund konkret aussehen müßte, blieb jedoch offen. Sie stimmten grundsätzlich zu, daß der Zugang der Menschen in der DDR zur DM erweitert werden müßte, machten jedoch darauf aufmerksam, daß bei

- Erweiterung des Umtausches zu festen Kursen ein höherer Devisenfonds seitens der BRD erforderlich sei, für dessen Bildung kaum staatliche Mittel zur Verfügung stehen dürften,
- einem gespaltenen Kurs (bestimmter Betrag zu einem festen Kurs, darüber hinausgehende Beträge zu einem Marktkurs) auch neue Probleme auftreten können.

Wir gewannen den Eindruck, daß Schritte in Richtung eines Währungsverbundes mit mehr oder weniger festen Kursen eine politische Frage sind, während Ökonomen des Bankwesens mehr für durch den Markt regulierte Maßnahmen eintreten.

Die Bundestagsabgeordneten brachten ihre Sorge zum Ausdruck, daß bei einem Währungsverbund evtl. DM in andere RGW-Länder abfließen;

Sie anerkannten unsere Überlegungen, das Problem eines Währungsverbundes durch Experten beider deutscher Staaten tiefer zu untersuchen.

Das Gespräch fand in einer sachlichen und offenen Atmosphäre statt.

Die Abgeordneten bedankten sich für das umfassende und informative Gespräch.



Prof. Dr. Stoll